

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 25.01.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 19:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Christian Binder
Herr Volker Borbe
Herr Jan Gottschling
Herr Ulrich Grösser
Herr Mathias Miseler
Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Jörg Schulz

Vertretung für Herrn Thomas Haack

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Dr. Sonja Gelinek
Frau Kirstin Gessert
Herr Peter Harder
Frau Beate Löffler
Frau Heide Niemann
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Antje Wunderlich

Gäste

Herr Peter Mühle

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 30.11.2023

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0096/2023
 - 3.2** Bebauungsplan Nr. 89 "Weidenkultur" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0094/2023
 - 3.3** Einfacher Bebauungsplan Nr. 82 "An der Dänholmstraße" der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0002/2024
 - 3.4** 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Fläche nördlich des Mühlgrabens, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0001/2024
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** 3D-Schriftzug
 - 4.2** Jahresbericht Klimaschutzmanager
 - 4.3** Radwegeführung InterCity-Hotel (Tribseer Damm)
 - 4.4** MobiHUB
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Aus terminlichen Gründen bittet die Verwaltung darum, den TOP 4.4. vorzuziehen. Der Tagesordnungspunkt wird auf TOP 4.1 vorgezogen.

Die Änderung in der Tagesordnung bleibt von der Protokollierung unberührt.

Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 30.11.2023

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 30.11.2024 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2024 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0096/2023

Herr Suhr bezieht sich auf Seite 381 des Haushaltsplans (TH 14) und fragt nach den gravierenden Unterschieden in den einzelnen Jahresscheiben, bezogen auf die Amtsleitung und die Städtebauförderung.

Weiter erfragt der Fraktionsvorsitzende, ob keine Gelder für die Begutachtung der städtischen Gebäude im Hinblick auf deren energetische Sanierung in den Haushalt eingestellt wurden.

Als drittes erkundigt sich Herr Suhr, ob in Bezug auf Radwegeneu- und -ausbau nicht mehr geplant wird, da er bis auf zwei Maßnahmen keine längerfristigen Ansätze im Haushaltsplan finden konnte.

Auf die erste Frage antwortet Herr Dr. Raith, dass es sich bei dem Aufwuchs von Personalkosten im Bereich der Amtsleitung nicht um einen realen Aufwuchs, sondern um eine Umstrukturierung in den Sekretariaten und einer Neuuzuordnung im Haushaltsplan handelt.

Zur Erfassung des Sanierungsbestandes der städtischen Gebäude führt Frau Dr. Gelinek aus, dass das Amt 70 eine Einsparvorgabe von zusätzlichen 2,1 Mio. € erhalten hat. Es sollen jetzt für die Stadt typische Gebäude erfasst werden, um so die Begutachtung eventuell selbst vornehmen und den hohen Kostenanteil einsparen zu können. Die Erfassung erfolgt durch Dienstleister, deshalb finden sich die Gelder dafür im Bereich Sach- und Dienstleistungen und sind nicht als gesonderter Posten aufgeführt.

Bezogen auf die Frage zum Radwegeneubau erklärt Herr Bogusch, dass aus finanziellen und personellen Gründen nur zwei Maßnahmen in den Haushalt aufgenommen worden sind.

Die Maßnahme im Schwarzen Weg soll in diesem Jahr begonnen werden
Der Fördermittelantrag für den Umbau der Barther Straße soll in Kürze gestellt werden.
Außerdem soll der Umbau des Knotenpunktes Friedrich-Engels-Straße / Knieperdamm in Angriff genommen werden.

Es soll noch einmal eine Stelle als Straßen- und Verkehrsplaner ausgeschrieben werden, auf vorherige Ausschreibungen gab es keine Bewerbungen.

Weiterhin ist im Haushalt ein Ansatz von 30.000 € für Ausbesserungen vorgesehen.

Herr Suhr bemängelt, dass in der mittelfristigen Planung keine Maßnahmen für den Radwegeausbau benannt sind. Dazu erklärt Herr Bogusch, dass abgewartet werden muss, wie sich die Fördermittellandschaft entwickelt. In der Haushaltsplanung für das nächste Jahr sollen wieder Maßnahmen benannt werden.

Es gibt keine weiteren Fragen zur Vorlage.

Herr Bauschke stellt die Vorlage B 0096/2023 zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0096/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 89 "Weidenkultur" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: B 0094/2023

Frau Gessert erklärt, dass es sich um ein Plangebiet in der Tribseer Vorstadt im Stadtgebiet Schrammsche Mühle handelt. Die Fläche ist ca. 1,5 ha groß und es befinden sich verschiedene Bestandsnutzungen im Plangebiet. Da sich die Fläche bauplanungsrechtlich im Au-

ßenbereich befindet, liegt nach § 35 Baugesetzbuch nur eingeschränktes Baurecht vor. Der Großteil der Flächen befindet sich in städtischem Eigentum.

Planungs- und Entwicklungsziel für die Fläche ist, die Stärkung des Grünverbundes im Landschaftsraum durch den Rückbau der ehemaligen Landwirtschaftshalle. Dadurch erfolgt die Stärkung eines Hauptgrünzuges innerhalb der Stadt. Weiterhin soll die Stärkung der Gewerbenutzung erfolgen, die auf vorgeprägten Flächen bereits vorhanden ist.

Sowohl der Flächennutzungsplan als auch der Landschaftsplan stellen den Geltungsbereich grün dar.

Da nur eine Fläche von 7.000 m² als Baufläche ausgewiesen werden soll und damit die darstellbare Größe im Flächennutzungsplan unterschritten wird, soll der Flächennutzungsplan nicht angepasst werden.

Herr Suhr erkundigt sich, ob es möglich wäre, die Halle auch ohne B-Plan zurückzubauen. Herr Dr. Raith erklärt, dass der Rückbau der Halle Kosten verursacht, die durch den B-Plan möglichst ausgeglichen werden sollen. Außerdem möchte sich ein ansässiger Gewerbebetrieb erweitern, um eine Fläche, die noch der Stadt gehört. Das Vorhaben soll möglichst kostenneutral umgesetzt werden.

Frau Gessert stellt klar, dass für das Vorhaben gesichertes Baurecht hergestellt werden muss, was nur über einen B-Plan möglich ist.

Abschließend erkundigt sich Herr Suhr, warum in dem Bereich kein vorhabenbezogener B-Plan aufgestellt wird. Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan wäre nur dann sinnvoll, wenn es sich lediglich um zwei Grundstücke in der Fläche handeln würde. Diese Variante hätte auch den Nachteil, dass die Fläche ausschließlich an den Gewerbebetrieb verkauft werden könnte.

Durch einen angebotsbezogenen Bebauungsplan ist es möglich, die Fläche öffentlich auszusprechen und so den bestmöglichen Preis zu erzielen.

Zur Grünflächenentwicklung skizziert der Leiter des Amtes 60, dass durch den Rückbau der Halle der Zugang zum dahinterliegenden Grünbereich ermöglicht werden und zwei Wege geschaffen werden sollen. So soll eine Durchwegung von der Weidenkultur zur Rostocker Chaussee entstehen. Der Amtsleiter macht deutlich, dass es sich bei der Maßnahme um einen Teil eines Grünflächenkonzeptes handelt.

Da es keine weiteren Fragen zur Vorlage gibt, stellt Herr Bauschke diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0094/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

**zu 3.3 Einfacher Bebauungsplan Nr. 82 "An der Dänholmstraße" der Hansestadt Stralsund, Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: B 0002/2024**

Frau Wunderlich erklärt, dass es sich um einen einfachen Bebauungsplan handelt, der im 13a Verfahren nach Baugesetzbuch durchgeführt wird. Auch wenn keine frühzeitige Beteili-

gung der Öffentlichkeit erforderlich gewesen wäre, hat die Verwaltung sich für ein zweistufiges Verfahren entschieden, da es viele Belange gab, die berücksichtigt werden mussten. Die Gebietskategorie wurde nicht festgesetzt, womit ein einfacher B-Plan ausreicht.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage-

Herr Jörg Schulz hat den Sitzungssaal verlassen und ist zur Abstimmung nicht anwesend.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0002/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund für die Fläche nördlich des Mühlgrabens, Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: B 0001/2024**

Herr Dr. Raith erläutert die Vorlage.

Es wurde bereits eine Teilbaugenehmigung für die Erdbauarbeiten erteilt, auch aufgrund von artenschutzrechtlichen Belangen. Die Pappeln wurden ebenfalls abgenommen und erste Artenschutzmaßnahmen ergriffen.

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0001/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 3D-Schriftzug

Herr Bauschke leitet in die Thematik ein und nimmt Bezug auf die bisherigen Beratungsergebnisse.

Aus der Beratung innerhalb der Fraktion CDU/FDP zu einem 3-D-Schriftzug informiert Herr Bauschke, dass empfohlen wird, sowohl die stationäre als auch die mobile Variante weiterzuverfolgen.

Als positiven Aspekt der mobilen Variante führt Herr Bauschke an, dass dieser bei verschiedenen Veranstaltungen zum Einsatz kommen könnte. Daher regt er an, diese Variante weiter zu prüfen, ggf. in Kooperation mit ansässigen Unternehmen.

Gleichwohl hat sich die Fraktion CDU/FDP zunächst für die stationäre Variante im Rahmen der Baumaßnahme auf dem Fischmarkt ausgesprochen.

Herr Suhr berichtet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI die stationäre Variante am Fischmarkt präferiert. Die mobile Variante sei aufgrund des beschriebenen Versetzungsaufwands erstmal nicht näher betrachtet worden.

Für die Fraktion AfD dankt Herr Grösser der Verwaltung für den betriebenen Aufwand im Zuge der Prüfung der Angelegenheit. Er führt aus, dass der 3-D-Schriftzug für nicht erforderlich gehalten werde. Dieser führe nicht zu mehr Touristen in der Stadt, außerdem verweist Herr Grösser auf die Haushaltslage der Hansestadt Stralsund. Die Fraktion AfD lehne die Umsetzung eines 3-D-Schriftzuges ab.

Herr Schulz bestätigt für die Fraktion Bürger für Stralsund die Einschätzung zur Haushaltslage. Die Idee sei grundsätzlich sympathisch und könnte gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen werden.

Herr Gottschling berichtet, dass die Thematik in der Fraktion DIE LINKE./SPD nicht tiefgründig diskutiert wurde. Seine Fraktion stehe einem 3-D-Schriftzug jedoch nicht ablehnend gegenüber. Die finale Entscheidung für oder gegen eine der Varianten hänge auch von der finanziellen Belastung für die Hansestadt Stralsund ab.

Herr Bauschke fasst zusammen, dass sich die befürwortenden Wortmeldungen für eine stationäre Variante auf dem Fischmarkt aussprechen.

Durch die Verwaltung wird bestätigt, dass die finanzielle Einordnung bzw. Planung nach einem positiven Votum durch den Fachausschuss erfolgt. Nach Vorliegen konkreter Kosten werden die Ausschüsse der Bürgerschaft entsprechend beteiligt.

Herr Bauschke stellt die beiden Varianten zur Abstimmung:

1. Stationäre Lösung Am Fischmarkt

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt, dass geprüft werden soll, inwiefern die Einrichtung eines stationären 3-D-Schriftzuges in die Baumaßnahme Am Fischmarkt konkret integriert werden könne. Das Ergebnis, insbesondere hinsichtlich der Kosten und des Eigenanteils, ist dem Ausschuss erneut vorzustellen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 3 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

2. Mobile Variante

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt, die Umsetzbarkeit einer mobilen Variante eines 3-D-Schriftzuges, auch unter Beteiligung eines Unternehmens, als langfristiges Projekt zu prüfen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

zu 4.2 Jahresbericht Klimaschutzmanager

An Hand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, blickt der Klimaschutzmanager auf das Jahr 2023 zurück.

Begleitet wird Herr Latzko von Frau Heide Niemann, die seit Mitte Januar als Klimaanpassungsmanagerin in der Hansestadt tätig ist.

In seinem Bericht geht Herr Latzko auf die Themen

- Wasserstoff
- Schulbauernhofprojekt (BioReg)
- Klimaanpassung
- Fördermittel
- Veranstaltungen / Gremientätigkeit
- Ausblick auf 2024

ein.

Der Klimaschutzmanager berichtet, dass es im März 2023 die Zwischenergebnispräsentation des Auftragnehmers zum Projekt HyExpert gab.

Die Hansestadt hat mit HyPerformer auch gleich die nächste und höchste Stufe des Projektes mit einem praxisorientierten Projekt begonnen.

Aufgrund der Haushaltssituation des Bundes ist bisher nur die Förderung für das Projekt in Stralsund sicher. Diese umfasst u. a. eine Tankstelle und einen Elektrolyseur.

Herr Latzko betont, dass die Zusammenarbeit mit dem Landkreis gut funktioniert und dieser unterstützend handelt.

Das Projekt BioReg (Kinder lernen auf Bauernhöfen) wurde im Oktober 2023 abgeschlossen. Mehr als 2.000 Schüler haben an dem Projekt teilgenommen.

Da das Projekt sehr erfolgreich ist, soll es weitergeführt werden (BioReg AL).

Geplant ist, die Stadtbibliothek als städtischen Lernort zu integrieren, um das Angebot zu erweitern.

Ausgeweitet werden soll auch die Zusammenarbeit mit dem VVR. Es sollen Touren entwickelt werden, um noch mehr Schüler/innen für das Projekt zu gewinnen. Mit der Erweiterung des Projektes sollen zwischen 3.000 – 3.500 Kinder erreicht werden. Außerdem ist ein Stralsunder Biokochbuch in Planung, welches auch Informationen zum Projekt enthalten soll. Die beantragte Fördersumme für den Anteil der Hansestadt beläuft sich auf ca. 150.000 €. Auf Nachfrage erklärt Herr Latzko, dass der Eigenanteil für Stralsund bei 20 % liegt.

Frau Niemann geht kurz auf ihren bisherigen Werdegang ein und schildert dann ihre Aufgaben als Klimaanpassungsmanagerin.

Nach dem Studium der Verkehrswirtschaft war Frau Niemann u. a. im Projektmanagement tätig.

Während ihrer Tätigkeit für die Hansestadt Stralsund wird Frau Niemann ein Klimaanpassungskonzept erstellen, welches aufgrund der zunehmenden Wetterextreme dabei helfen soll, die Stadt widerstandsfähig zu machen.

Für das Vorhaben steht eine Summe von insgesamt 255.000 € zur Verfügung. Vom Bund werden 204.000 € bereitgestellt. Der Eigenanteil der Stadt liegt bei 51.000 €.

Nachfolgend nennt Frau Niemann die ihr zur Verfügung stehenden Arbeitsgrundlagen. Im November wurde von der Bundesregierung das erste Klimaanpassungsgesetz verabschiedet, welches Klimaanpassungsmaßnahmen auf allen föderalen Ebenen vorsieht.

Als Themenschwerpunkte nennt Frau Niemann folgende Punkte:

- Ökosystemleistung (Zustand der Naturräume)
- Starkregenereignisse (Schwammstadt, Regenwassermanagement)
- Nachhaltiger Konsum
- Gesundheit und Ernährung

Zunächst soll ein externer Dienstleister beauftragt werden, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Geklärt werden muss, welche Daten bereits vorliegen und wo sich neuralgische Punkte in der Stadt befinden. Aus diesen Daten wird dann ein Maßnahmenkatalog erstellt.

Anschließend geht Herr Latzko auf die gestellten, bewilligten und noch laufenden Fördermitelanträge ein.

Bezugnehmend auf die Seabins erklärt der Klimaschutzmanager, dass das Projekt in Zusammenarbeit mit der Hochschule umgesetzt werden soll, da das ursprünglich angedachte Unternehmen die Behälter so nicht mehr produziert.

Herr Latzko geht auf die Veranstaltungen des letzten Jahres ein und benennt die Arbeitsgruppen in denen er tätig ist.

Abschließend gibt er einen Ausblick auf das Jahr 2024 mit Terminen und Projekten.

Das Elektromobilitätskonzept soll am 31.03.2024 fertiggestellt und dann im Ausschuss vorgestellt werden.

Weiterhin soll die kommunale Wärmeplanung vorangetrieben werden.

Herr Bauschke bedankt sich für die Ausführungen und schlägt in Anbetracht der Fülle der Themen vor, einzelne Themen separat im Ausschuss zu beraten.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Radwegeführung InterCity-Hotel (Tribseer Damm)

Herr Bogusch geht auf die Thematik ein und visualisiert dieses mittels zweier Folien.

In der vorherigen Beratung im Fachausschuss wurde festgestellt, dass der Radweg zwischen Bahnhofstraße und Deutsche Bank als ausreichend bewertet wurde und erhalten bleiben sollte.

Zur Lösung des Konfliktes vor dem Gebäude InterCity-Hotel wurde durch die Verwaltung ein neuer Vorschlag erarbeitet.

Demnach sollte die Busbucht entfernt und daraus ein Gehweg gestaltet werden. Die rechte Fahrspur könnte entsprechend als Busspur genutzt werden. Es entstünde somit eine Haltestelle am Fahrbahnrand. Die Unterstände ließen sich in Richtung Fahrbahn versetzen. So

könnte auch der Radweg weiter in Richtung Fahrbahn verlegt werden. Die Fußgänger und Radfahrer wären so voneinander getrennt.

Der Abteilungsleiter betont, dass für eine Veränderung Platz benötigt wird und dass dieser nur gewonnen werden kann, wenn eine Fahrspur wegfällt. Dann verbleiben eine gemeinsame Geradeaus- und eine Rechtsabbiegerspur.

Die Busspur könnte schon ab dem Bahnübergang eingerichtet werden.

Herr Miseler begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, auch wenn geschaut werden muss, ob bei der aktuellen Taktung die Busspur ganztägig zur Verfügung stehen muss.

Herr Suhr vermisst eine Lösung für die gegenüberliegende Seite, da dort das Konfliktpotenzial ähnlich hoch ist.

Der Fraktionsvorsitzende betont, dass er sich ausdrücklich für die zuvor von der Verwaltung vorgestellte Variante ausspricht, da mit dieser am meisten Entlastung in die Konfliktsituation gebracht werden kann.

Herr Bogusch geht noch einmal auf den aktuellen Vorschlag der Verwaltung ein. Durch die Verlegung des Radweges entsteht deutlich mehr Platz für die Fußgänger. Die Kreuzung des Radweges durch die Personen, die den Bus nehmen oder verlassen ist allerdings weiterhin gegeben.

Aus Sicht von Herrn Bogusch bietet die gegenüberliegende Seite etwas bessere Platzverhältnisse, aber auch dort entstehen Konflikte.

Eine Lösung stadteinwärts wird von der Verwaltung als dringender betrachtet.

Herr Bogusch bittet in einer der nächsten Sitzungen um eine Rückmeldung des Ausschusses zum Vorschlag der Verwaltung.

Herr Grösser erinnert an die Ampelanlage vor der Bahnhofstraße, bei einer Verringerung der Fahrspuren und einer längeren Rotphase kann es hier zu Rückstau kommen.

Dazu erklärt Herr Bogusch, dass die beiden möglichen Rotphasen recht kurz sind und nach erfolgten Berechnungen die Aufstellfläche ausreicht.

Die Leistungsfähigkeitsberechnung stellt Herr Bogusch den Ausschussmitgliedern nachträglich zur Verfügung.

Herr Schulz erkundigt sich, ob es sich bei dem Bereich um einen Unfallhäufungspunkt handelt. Dazu führt der Abteilungsleiter aus, dass es sich nicht um eine Unfallhäufungsstelle handelt, es aber Engstellen und Konfliktpotenziale in dem Areal gibt und die Verwaltung deshalb die Notwendigkeit sieht, zu handeln.

Herr Grösser sieht gerade die bessere Trennung von Radfahrern und Fußgängern ebenfalls als sinnvoll an, auch im Hinblick auf die Zunahme der Nutzung von E-Bikes.

Herr Schulz ist der Auffassung, dass eine deutlichere Markierung des Radweges ausreicht, um die Situation zu verbessern.

Der Vorschlag der Verwaltung wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses (29.2.2024) erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Ergänzend erklärt Herr Bogusch, dass die rechte Fahrspur in diesem Bereich, als Ersatzparkflächen für die Zeit des Weihnachtsmarktes eingerichtet wurde. Auch wenn die Parkflächen nur provisorisch hergerichtet wurden, sollte die Gelegenheit genutzt werden zu schauen, welche Beeinträchtigungen es gibt bzw. ob die Flächen genutzt werden.

Der große Parkdruck konnte von Seiten der Verwaltung nicht gesehen werden, da die Flächen oft ungenutzt sind.

Mit dem Bauausschuss soll darüber beraten werden, wo die Prioritäten gesehen werden.

Herr Gottschling bestätigt, dass ihm in dem Bereich auch kaum parkende Fahrzeuge aufgefallen sind, allerdings könnte dies aus seiner Sicht auch an der provisorischen Markierung liegen.

Herr Bogusch bestätigt die Einfachheit der Umsetzung, betont aber, dass es sich um eine temporäre Lösung handelt, die in anderen Bereichen durchaus gut angenommen worden ist.

Herr Bogusch bittet in der nächsten Sitzung des Ausschusses um ein Votum, ob die Parkplätze erhalten bleiben sollen oder ob die Fahrspur wiederhergestellt werden soll.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 MobiHUB

Herr Dr. Raith erläutert ausführlich das Projekt MobiHUB mittels einer Präsentation. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Als Ausgangslage nennt Herr Dr. Raith den zunehmenden Parkdruck durch weitere Verdichtung im Wohnungsbau bei gleichzeitig abnehmenden Stellplätzen, insbesondere im privaten Bereich. Außerdem gebe es andere Ansprüche an den öffentlichen Raum, z.B. Außengastronomie. Zudem müsse sich die Hansestadt Stralsund den Herausforderungen der Mobilitätswende stellen.

Dabei müsse die Thematik CarSharing sowie Ladeinfrastruktur mitberücksichtigt werden. Die gesetzten Ziele sollen mit dem MobiHUB als zentralem Mobilitätsanker in der Altstadt erreicht werden. Das Projekt MobiHUB wird gefördert durch das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte“ (Machbarkeit).

Es soll somit ein Parkhaus ausschließlich für Anwohner und Anlieger errichtet werden. Es handele sich um zugeordnete Parkplätze, daher wäre eine Ausstattung mit privaten Wallboxen mit dazugehörigem Stromzähler möglich. Das Erdgeschoss könne für CarSharing oder mobilitätsergänzende Angebote genutzt werden.

Das statische Problem, das einen Wohnungsbau über der Tiefgarage nicht zulässt, stelle sich bei einer Garagenlösung anders dar.

Sollte sich das Projekt MobiHUB bewähren, hält Herr Dr. Raith ein weiteres Bewohnerparkhaus, z.B. Nähe der Hafinsel, für denkbar.

Nachfolgend erläutert Herr Dr. Raith die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und die Nutzungsoptionen auf den verschiedenen Ebenen. Es stünden 235 Stellplätze zur Verfügung. Das Bewohnerparkhaus ist mit einer Standzeit von 35 Jahren kalkuliert.

Im Wiekhaus gestalten sich die Nutzungsoptionen variabel, so wären Gastronomie oder andere Nutzungen möglich.

Die Fassaden- und die Freiflächengestaltung werden separat geplant/beauftragt.

Zum weiteren Vorgehen teilt Herr Dr. Raith mit, dass als nächstes die Bürgerbeteiligung stattfindet. Er hofft, dass die Hansestadt Stralsund zur Realisierung des Gesamtprojektes Fördermittel erhalte. Darüber hinaus komme die Nutzung von Stellplatzablösen in Betracht.

Herr Gottschling erkundigt sich nach dem Erfordernis der Fassadengestaltung.

Herr Dr. Raith führt aus, dass die Thematik Fassadengestaltung mit Fingerspitzengefühl zu behandeln sei. Mit den entsprechenden Ideen lassen sich auch die Kosten in einem erträglichen Maße halten.

Nach Ansicht von Herrn Suhr handelt es sich um einen nicht unerheblichen städtebaulichen Eingriff in einem sensiblen Bereich. Gleichwohl sei die Argumentation der Verwaltung nachvollziehbar.

Er erkundigt sich nach dem politischen Entscheidungsprozess und nach dem zeitlichen Horizont.

Herr Dr. Raith erläutert, dass zunächst die Aufgaben aus der Machbarkeitsstudie abgeschlossen werden. Es sei erforderlich, den Markt, konkret die Bedürfnisse der Anwohnerschaft, zu erkunden. Dahingehend verweist der Leiter des Amtes für Planung und Bau auf die stattfindende Bürgerbeteiligung.

Er stellt klar, dass seitens der Stadt nachfolgend eine Entscheidung zur Realisierung getroffen werden müsse. Die Möglichkeit einer genossenschaftlich basierten Finanzierung sei nach Kommunalverfassung nicht möglich. Daher müsse eine städtische Gesellschaft als Bauherr bzw. Betreiber agieren.

Wenn die noch anstehenden Punkte abgearbeitet sind, beginnt der breite politische Prozess.

Herr Bauschke dankt für die Ausführungen und beendet den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Zu der Frage nach dem Busbahnhof erklärt Herr Bogusch, dass die Haltestellen für den Fern- und Regionalbusverkehr in der Bahnhofstraße untergebracht sind. Eine optische Umgestaltung ist mit entsprechenden finanziellen Mitteln möglich, aber momentan nicht zwingend nötig.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Da die übrigen Tagesordnungspunkte entfallen, bedankt sich Herr Bauschke für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung